



Die GB-Stadträtinnen Leena Schmitter (Co-Fraktionspräsidentin GB/JA!), Katharina Gallizzi und Stéphanie Penher (GB-Präsidentin) stehen für eine soziale, ökologische und partizipative Stadtentwicklung!

STAND ●
Katharina Gallizzi
● **Die Zukunft gehört der Stadt!**

STAND ●
Devrim Abbasoglu
● **Vorbildliches Bauprojekt an der Reichenbachstrasse 118**

SCHLUSS ●
Sophie Achermann
● **Die Jugend, unsere Zukunft – und Gegenwart!**

Die Zukunft gehört der Stadt!

Bern wächst und wird es auch in Zukunft tun. Grund genug für das GB, nach intensiven Diskussionen ein Positionspapier zur sozialen und ökologischen Stadtentwicklung zu präsentieren. Es dient als Leitlinie für unsere Politik der nächsten Jahre und enthält folgende Grundsätze:



Stadt ist ein Ort zum Wohnen, Arbeiten und Leben in gesellschaftlicher Vielfalt und im Austausch. Eine Stadt für alle muss von allen mitgestaltet werden können – durch echte Beteiligung statt Alibipartizipation. Genossenschaften und gemeinnützige Bauträ-

ger sorgen für preisgünstigen Wohn- und Gewerberaum und das lokale Kleingewerbe belebt die Quartiere. In einer Stadt der kurzen Wege geht man zu Fuss zum Einkaufen und per Velo zur Arbeit. Das Auto wird nur in Ausnahmefällen benötigt.

Stadt ist aber auch ein Ort der Differenzen und der Widersprüche. Nur wo Unterschiede aufeinandertreffen, entstehen neue Wege und Ansätze. Vielfältige Wohnformen werden gefördert und Zwischennutzungen dienen als gesellschaftliches Experimentierfeld. Die 2000-Watt-Gesellschaft wird umgesetzt: Das bedeutet ökologisches Handeln in allen Lebensbereichen und auf sozial verantwortliche Weise.

Stadt zeichnet sich aus durch bauliche und soziale Dichte. Siedlungsentwicklung nach innen statt aussen wird durch Umnutzungen und Verdichtung ermöglicht. Verdrängungsprozesse werden abgefedert durch eine aktive städtische Bodenpolitik und die Demokratisierung des Bodenbesitzes. Es wird über Gemeindegrenzen hinausgedacht und gemeinsam mit den Nachbargemeinden geplant.

Stadt ist ein Ort der Möglichkeiten, der Freiräume und Nischen sowie der Kreativität. Der öffentliche Raum ist frei von Kommerz und Privatisierung. Für alle zugängliche Freiräume werden bewahrt und neu geschaffen. Die Stadt bietet Platz für vielfältige Natur und Biodiversität, im Garten, im Park und rund ums Schulhaus. Gemeinschaftsräume, Siedlungswerkstätten und Tauschbörsen fördern «teilen statt besitzen» und «wiederverwerten statt wegwerfen».

Katharina Gallizzi, GB-Stadträtin

Parolenbox

Abstimmungen vom 25. September 2016

Stadt

- Gesamtanierung und Erweiterung Volksschule Kirchenfeld – Baukredit: **JA**
- Zonenplan Reichenbachstrasse 118: **JA**

National

- Volksinitiative «Für eine nachhaltige

- und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)» **JA**
- Volksinitiative «AHVplus: für eine starke AHV»: **JA**
- Bundesgesetz über den Nachrichtendienst (Nachrichtendienstgesetz, NDG): **NEIN**

Vorbildliches Bauprojekt an der Reichenbachstrasse 118



Auf dem Areal der ehemaligen Krankenpflegeschule Engeried soll ein Ersatzneubau mit etwa 100 familienfreundlichen Wohnungen realisiert werden.

Das am Rand des Quartiers liegende Planungsgebiet befindet sich in der Mitte der Engehalsinsel. Trotz unmittelbarer Nähe zum Stadtzentrum liegt das Areal in einem sehr grünen Gebiet, das von der Lage her familien- und kinderfreundlich ist. Das Grundstück gehört der Stadt Bern bzw. dem Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik, der dort gleich selber preisgünstigen und gemeinnützigen Wohnraum schaffen will. Somit wird die Forderung des GB erfüllt, das sich vor zwei Jahren für 100% gemeinnützigen Wohnungsbau an der Reichenbachstrasse stark machte. Im Rahmen einer Machbarkeitsstudie wurden drei mögliche Szenarien geprüft: Sanierung, Sanierung und Teilneubau, Ersatzneubau. Mit der Begründung, dass die Sanierung nur ein geringes Nutzungspotenzial bietet und sich die bestehende Bausubstanz nicht für familiengerechtes Wohnen

eignet, hat sich die Stadt Bern für die Variante Ersatzneubau entschieden. Das Quartier wird vom Neubau profitieren, insbesondere sind eine Bibliothek und eine Tagesschule vorgesehen. Zudem werden alle Wohnungen hindernisfrei erstellt – im Quartier besteht eine grosse Nachfrage nach solchen Wohnungen.

Punkto Ökologie begrüßen wir die Auflage, die Überbauung gemäss den Vorgaben des SIA-Effizienzpfads Energie zu erstellen. Dieser garantiert, dass Energieeffizienz und Ressourcenschonung beim Neubau an oberster Stelle stehen. Weiter ist es richtig, den MIV-Anteil auf das Minimum zu setzen und pro Zimmer mindestens einen Fahrradabstellplatz vorzusehen.

Devrim Abbasoglu-Akturan, GB-Stadtratskandidatin

«Zusätzlich zu den guten wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Überlegungen der Stadt müssen beim Wettbewerb weitere wichtige Aspekte beachtet werden. Nicht nur die Einbettung der Überbauung in die Umgebung ist zu berücksichtigen, sondern auch die Gestaltung von altersgerechten, hindernisfreien, flexibel nutzbaren Wohnungen sowie von Spiel- und Begegnungsräumen mit hoher Aufenthaltsqualität.»

Kultur braucht Räume



Mit dem zweiten Kulturforum vom 29. Juni wurde der partizipative Teil zur Erarbeitung einer neuen Kulturstrategie für die Stadt Bern abgeschlossen – Bilanz und Ausblick.

Aus den Diskussionen des ersten Kulturforums sowie vorgängigen Konsultationen stellte die Projektleitung der Kulturstrategie einen Ziele- und Massnahmenkatalog zusammen.

Das Grüne Bündnis freut sich, dass eine ganze Reihe seiner Vorschläge in das Papier Eingang fanden. So werden einige taugliche Massnahmen zur Förderung kultureller Teilhabe aufgeführt. Wobei die reine, auf den Kulturkonsum ausgerichtete Kulturvermittlung doch gar stark im Vordergrund steht und die konkrete Unterstützung zur Entwicklung eigener kultureller Projekte eher versteckt und verstreut auftaucht. Hier bräuchte es eine Bündelung der Massnahmen, um verbindlicher zu werden.

Gelungen ist dabei der Einbezug des öffentlichen Raums und der Zwischennutzungen: Die vor-

geschlagenen Massnahmen werden die dezentralen öffentlichen Plätze und Orte belebter, freundlicher und so auch zugänglicher machen.

Auch das Problem rund um die Schaffung und den Erhalt von Kulturräumen scheint erkannt worden zu sein: So soll die Stadt Ateliers und vor allem Übungsräume zumieten oder Schulräume für kulturelle Aktivitäten gratis zur Verfügung stellen. Dennoch könnte man sich in der Liegenschaftspolitik noch mutigere Schritte vorstellen: ein umfassendes Raumprogramm etwa oder sogar baurechtliche Vorgaben – Kulturräume statt Tiefgaragen!

Die Projektleitung überarbeitet nun den Katalog und setzt Schwerpunkte. Was Politik und Verwaltung am Ende auch wirklich umzusetzen imstande und willens sind, bleibt allerdings offen.

Johannes Künzler, GB-Vizepräsident und Stadtratskandidat

Veranstaltungen

- 11. September, 10–18 Uhr, Eigerplatz, Höhe Villa Stucki
Autofreier Sonntag:

«Bure-Zmorge – regional, fair und grün»

Das GB organisiert zwischen 10 und 14 Uhr einen «Bure-Zmorge» mit musikalischer Begleitung: Gemütlich zmörgele und diskutieren mit Franziska Teuscher, Gemeinderätin/Kandidatin Stadtpräsidium, sowie verschiedenen Stadtratskandidat_innen des Grünen Bündnis. Dazwischen Akkordeonklänge von GB-Stadtratskandidat Adi Blum.

- 1. Oktober, 13.30–16 Uhr, Schützenmatte Bern

Demo: Rentenabbau stoppen – AHV stärken

Wer sein Leben lang gearbeitet hat, soll im Alter anständig von seiner Rente leben können. Doch die Realität sieht anders aus: Die Renten der Pensionskassen sinken und die Renten der AHV hinken den Löhnen immer mehr hinterher. Bürgerliche Hardliner wollen das Rentenalter auf 67 erhöhen und planen einen weiteren gigantischen Rentenklau. Wehren wir uns mit einer machtvollen Demo dagegen! Mehr unter: www.unia.ch

- 22. Oktober, ab 18.30 Uhr, Restaurant O'Bolles, Bollwerk 35, Bern

GB-Wahlfest

Zur Schlussmobilisierung veranstaltet das GB ein Wahlfest im O'Bolles: die GB Stadtratskandidat_innen kennenlernen und sich mit ihnen austauschen. Läuten wir den letzten Monat des Wahlkampfes ein und stossen gemeinsam an. Begleitet wird der Abend von den akustischen Klängen des Frauenjazztrios DIE DREI.

Arbeitsgruppen

Sekretariat

Grünes Bündnis Stadt Bern
Neubrückstrasse 17, 3012 Bern,
Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 301 82 09,
info@gbbern, www.gbbern.ch
Grünes Bündnis Stadt Bern auf Facebook:
www.facebook.com/GruenesBuendnisBern
PC-Konto: 30-37923-6. **Merci!**

● Frauenpolitik

Kontakt: regula_buehlmann@bluewin.ch

● Ökologie

Kontakt: fragroba@gmx.ch

● Internationales und Migration

Kontakt: asancar@bluewin.ch

● Wirtschaft

Kontakt: sekretariat@gruenebern.ch

● Bildungs- und Kulturpolitik

Kontakt: regula.nyffeler@bluewin.ch

● AG macht

Kontakt: ursina.anderegg@gmx.ch

● Leitender Ausschuss

Kontakt: info@gbbern.ch

Interna

- Die nächste Mitgliederversammlung findet am 26. Oktober 2016 statt. Save the date!

Impressum:

Die Zeitschrift grün. für Mitglieder und Sympathisant_innen des Grünen Bündnis Stadt Bern erscheint viermal jährlich.

Abo-Preis: 20 Franken.

Redaktion:

Lisia Bürgi, Marius Christen,
Samuel Kaiser, Christine
Michel, Stéphanie Penher,
Leena Schmitter.

Fotos:

Bettina Betschart, Monika
Flückiger, Christina
Hausammann.

Gestaltung:
transform.ch

Druck:

Bubenberg Druck- und
Verlags-AG, Bern.

Redaktionsschluss grün.Nr.25:
19. September 2016

SCHLUSS

Die Jugend, unsere Zukunft – und Gegenwart!

Die Brexit-Abstimmung hat erneut eine demographische Trennlinie offenbart, die es auch hierzulande immer wieder gibt: den Graben zwischen Jung und Alt. Mehr als 70 Prozent der jungen Brit_innen haben sich für den Verbleib in der EU und eine welt-offene Politik ausgesprochen. Wäre es nach den 18- bis 29-jährigen Schweizer_innen gegangen, müssten wir uns heute nicht mit den Folgen des Ja zur unsäglichen Masseneinwanderungsinitiative herumschlagen. In beiden Abstimmungen ist die Jugend aber im Vergleich zu ihren Grosseltern wesentlich öfter den Urnen fern geblieben.

Die Jugend vermehrt in den politischen Prozess einzubinden, muss aus linker Perspektive ein Kernanliegen bleiben. Das GB hat mit seinem Einsatz für ein Jugendparlament einen wichtigen Schritt getan. Auch die Jungparteien, etwa die Junge Alternative (JA!), bemühen sich mit enormem Engagement, den Anliegen ihrer Generation Gehör zu verschaffen. Dabei gibt es drei zentrale Forderungen: Das Stimmrechtsalter 16 muss eingeführt werden, damit die Jugend nicht immer überstimmt wird. Es genügt nicht, pseudo-partizipative Gefässe für eine politisch engagierte Jugend zu schaffen: Die Jugendparlamente brauchen mehr politischen Spielraum! Ein Umdenken im Umgang mit den Anliegen der Jugend muss stattfinden, denn solange ihre Ideen als naive Utopien abgetan werden, wird es nicht gelingen, junge Menschen für Politik zu begeistern.



Sophie Achermann,
GB-Stadtratskandidatin